



Bürgernaher Katastrophenschutz aus sozialwissenschaftlicher und rechtlicher Perspektive

**Bericht der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
zum Forschungsprojekt
„Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstellen für die
Bevölkerung in Krisensituationen“
(Kat-Leuchttürme)**

Claudius Ohder
Birgitta Sticher
Sarah Geißler
Benedikt Schweer



Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen

<http://www.kat-leuchtturm.de>

Teilprojekt: Bürgernahes Krisenmanagement aus sozialwissenschaftlicher und rechtlicher Perspektive

kat-leuchtturm@hwr-berlin.de

Prof. Dr. Claudius Ohder

claudius.ohder@hwr-berlin.de

Prof. Dr. Birgitta Sticher

birgitta.sticher@hwr-berlin.de

**Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
- Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement -**

Alt-Friedrichsfelde 60

10315 Berlin

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Das Projekt TankNotStrom als Ausgangspunkt	7
3	Leitfragen des Projekts Kat-Leuchttürme	11
4	Entwicklungslinien des Krisen- und Katastrophenmanagements	13
	<i>Entwicklungen in Deutschland</i>	<i>13</i>
	<i>Entwicklungen im Ausland</i>	<i>15</i>
	<i>Nutzung Sozialer Medien in der Krisenkommunikation</i>	<i>16</i>
5	Erklärungen prosozialen Verhaltens	19
6	Erforschung von Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft bei anhaltendem Stromausfall	21
	<i>Leben ohne Strom</i>	<i>21</i>
	<i>Besondere Vulnerabilität bei Stromausfall</i>	<i>22</i>
	<i>Quantitative Bürgerbefragung</i>	<i>23</i>
	<i>Qualitative Quartiersbefragung</i>	<i>26</i>
7	Katastrophenschutz-Leuchttürme	29
	<i>Rechtliche Prüfung des Kat-Leuchttürme-Systems</i>	<i>30</i>
	<i>Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte</i>	<i>31</i>
8	Verzeichnis der im Rahmen des Projekts Kat- Leuchttürme an der HWR Berlin entstandenen wissenschaftlichen Publikationen	33

1 Einleitung

Wie und unter welchen Voraussetzungen kann es in Krisen und Katastrophen gelingen, die Bevölkerung zu aktivieren und als Partner für das Krisen- und Katastrophenmanagement (KKM) zu gewinnen? Mit dieser Frage hat sich das von 2012 bis 2015 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbundprojekt „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstellen für die Bevölkerung in Krisensituationen“ (*Kat-Leuchttürme*) befasst. Insbesondere wurden die konzeptionellen, organisatorischen, rechtlichen und kommunikativen Voraussetzungen für wohnungsnaher Anlaufstellen entwickelt, in denen die Bürgerinnen und Bürger im Krisenfall Informationen erhalten, Hilfesuche absetzen und eigene Unterstützungs- und Hilfeleistungen anbieten können.

Die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) war wissenschaftlicher Partner in diesem Verbundprojekt. Ihr Schwerpunkt lag in der sozial- und rechtswissenschaftlichen Forschung. Die Leitung der an der HWR durchgeführten Arbeiten lag bei Prof. Dr. Birgitta Sticher und Prof. Dr. Claudius Ohder. Wissenschaftliche Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin waren Sarah Geissler, Benedikt Schweer und Julian Röpcke. Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Anja Beuster, Marcel Fünfstück, Josephine Gloede, Carlis Horn, und Anna Will. Prof. Dr. Hans-Peter von Stoephasius hat die an der HWR Berlin durchgeführte rechtswissenschaftliche Forschung verantwortet.

Vorläuferprojekt war das Verbundprojekt „Energie- und Kraftstoffversorgung von Tankstellen und Notstromaggregaten bei Stromausfall“ (*TankNotStrom*). Dieses Projekt wurde von 2009 bis 2012 durch das BMBF gefördert und die HWR Berlin war für die sozialwissenschaftliche und rechtliche Begleitforschung verantwortlich. Ausgangspunkt war, dass technische Havarien, Anschläge oder extreme Wetterlagen die komplexen Infrastrukturen entwickelter Gesellschaften so treffen können, dass es zu weitreichenden Ausfällen kommt. Am Beispiel eines langanhaltenden Stromausfalls konnte gezeigt werden, dass es mit dem herkömmlichen top-down Ansatz, der die Bürgerinnen und Bürger im wesentlichen als Empfänger von Hilfeleistungen sieht, kaum möglich sein würde, gravierende negative Folgen von der Bevölkerung fernzuhalten. Die Gefährdungen können am ehesten bewältigt werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger eine aktive Rolle einnehmen und die staatlichen Einsatzkräfte entlasten.



WWW.KAT-LEUCHTTURM.DE

Zählt man die Laufzeit beider Projekte zusammen, hat sich die HWR Berlin insgesamt sechs Jahre lang mit Fragen des Krisen- und Katastrophenmanagements befasst. In dieser Zeit wurde eine größere Zahl von Berichten, Papers und Aufsätzen verfasst. Die vorliegende Publikation markiert den Endpunkt dieser Forschung. Mit ihr wird zweierlei bezweckt:

- Zum einen sollen zum Abschluss des Projekts die einzelnen Arbeitsschritte überblicksmäßig dargestellt und es soll dokumentiert werden, welche Veröffentlichungen daraus hervorgegangen sind.
- Zum anderen soll deutlich werden, welche Fragen und Inhalte in den einzelnen Publikationen behandelt werden und wie diese sich aufeinander beziehen. Dadurch soll deren Nutzbarkeit auch über das Projektende hinaus erleichtert werden.

Die vorliegende Publikation erfüllt im formalen Sinn die Funktion eines Endberichts. Die Verfasser sehen darin jedoch eher einen „Zwischenbericht“. Die in dem Bericht dokumentierten Erkundungen und Erforschungen sind nämlich nur ein wichtiger aber nicht letzter Schritt hin zu einem bedarfsorientierten und bürgernahen Katastrophenschutz.

2 Das Projekt TankNotStrom als Ausgangspunkt

Den Hintergrund für das Projekt *TankNotStrom* bildeten Stromausfälle, die erst nach Tagen behoben werden konnten oder sich großflächig ausgedehnt haben. Zwei Ereignisse sind hier besonders zu erwähnen: Der durch einen Eisregen verursachte Stromausfall im Münsterland aus dem Jahr 2005, der bis zu fünf Tage angehalten hat sowie ein Stromausfall aus dem Jahr 2006, der sich zwar nur über zwei Stunden erstreckt, aber größere Regionen in Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Österreich und Spanien betroffen hat. Ursache war eine mangelhaft geplante Abschaltung von zwei Hochspannungsleitungen im Zusammenhang mit der Ausschiffung eines Kreuzfahrtschiffes über die Ems. Diese Ausfälle haben die hohe Vulnerabilität der nationalen und europäischen Energieversorgung aufgezeigt und die Politik alarmiert. In der Folge wurden u. a. im Grünbuch des „Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit“ die wahrscheinlichen Auswirkungen eines Stromausfalls untersucht und im Hinblick auf Handlungserfordernisse ausgewertet.

Unter anderem wurde deutlich, dass kritische Versorgungseinrichtungen wie Krankenhäuser zwar mit Notstromaggregaten ausgestattet sind, bei einem längeren Stromausfall jedoch fraglich ist, ob Treibstoff nachgeführt werden kann. Um solche Einrichtungen vor einem Ausfall der Notstromversorgung zu schützen, wurde im Forschungsprojekt *TankNotStrom* ein Notfall-Kraftstoffmanagement-System entwickelt. Grundlage ist eine Sensor-Kommunikationseinheit, welche die Füllstände der Kraftstofftanks der jeweiligen Notstromaggregate erfasst und meldet. Die Koordinierung der Nachbetankung erfolgt durch zentral gesteuerte Tankwagen mittels eines entsprechenden Logistikkonzeptes.

Die HWR Berlin hatte in diesem Forschungsfeld zwei Arbeitsschwerpunkte. Zum einen wurden die Auswirkungen eines Stromausfalles auf das öffentliche Leben und die Bürger untersucht. Zum anderen wurden die erforderlichen staatlichen Maßnahmen herausgearbeitet, systematisiert und eingriffrechtlich bewertet (*von Stoephasius / Schweer 2011*).

Um die Vielzahl der direkten und mittelbaren Auswirkungen eines Blackouts erkennen und bewerten zu können, wurde für den Großraum Berlin ein Szenario für einen sechstägigen Stromausfall entwickelt (*Boehme / Geißler / Schweer 2012*). Dieses wurde in Zusammenarbeit mit einem Studienprojekt mit Studierenden des Bachelor-Studiengangs Sicherheitsmanagement erstellt, der am FB 5 der HWR Berlin angeboten wird. Ergänzend wurden in mehreren Bachelor-Arbeiten die



WWW.TANKNOTSTROM.DE

Auswirkungen eines Stromausfalls auf einzelne Kritische Infrastrukturen (KRITIS) differenziert untersucht.

Zur Erstellung des Szenarios wurden sowohl öffentlich zugänglichen Quellen genutzt als auch Experten befragt. Dabei wurde deutlich, dass bereits in den ersten Stunden des Blackouts wichtige öffentliche Infrastrukturen ausfallen würden. Unmittelbar betroffen wären der öffentliche Nah- und Fernverkehr, die Telekommunikation und der Bankensektor. Mit einem nur geringen zeitlichen Verzug käme es zu erheblichen Einschränkungen bei der Lebensmittel- und Wasserversorgung sowie bei der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung. Auch die Einsatzkräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), wie etwa Feuerwehr oder Polizei, wären erheblich beeinträchtigt und in ihren Möglichkeiten Hilfe zu leisten stark eingeschränkt.

Um die psychosozialen Auswirkungen auf die Bevölkerung genauer abschätzen und bewerten zu können, wurden in einer qualitativen Studie Einsatzkräfte der Feuerwehr und Polizei befragt (*Sticher / Ohder / Böhme 2012*). Stärker als jede andere Berufsgruppe erleben Feuerwehrleute und Polizeibeamte die Bürgerinnen und Bürger in außergewöhnlichen Situationen und Notfällen, die aufgrund des damit verbundenen Stressniveaus Krisen- und Katastrophensituationen nahekommen. Die Erfahrungen und Einschätzungen dieser Praktiker fielen je nach Stadtquartier unterschiedlich aus und haben die Bedeutung sozialstruktureller und ethnisch-kultureller Variablen erkennen lassen. Auch wurden die besondere Vulnerabilität und der teilweise hohe Hilfebedarf bestimmter Bevölkerungsgruppen wie etwa der Bewohner und Bewohnerinnen von Pflegeheimen deutlich.

Zur Erklärung der Unterschiede hinsichtlich Vulnerabilität und Hilfebedarf wurden die Ergebnisse der stresstheoretischen Forschung herangezogen. Danach führt eine bedrohliche Situation wie ein Stromausfall deshalb nicht zu identischen Reaktionen, weil die Ressourcen, auf die die Bürger zurückgreifen können, ungleich verteilt sind. Diese Ressourcen bestehen aus Geld und sonstigen materiellen Gütern aber auch aus sozialen Kontakten und Netzwerken. Je besser die Ressourcenausstattung ist, desto widerstandsfähiger oder resilienter ist eine Person gegenüber Ereignissen wie einem Stromausfall.

Die Arbeitsergebnisse des Projekts *TankNotStrom* wurden fortlaufend veröffentlicht. Da in dem vorliegenden Bericht jedoch in erster Linie auf die Ergebnisse des Projekts *KatLeuchttürme* eingegangen werden soll, sei an dieser Stelle lediglich auf folgende Publikation näher eingegangen: *Sticher, Birgitta et al. 2013. Anhaltender Stromausfall in Berlin. Stand und Entwicklungsperspektiven des Krisen- und Katastrophenmanagements. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwirtschaft.*

Dieser Bericht stellt das Szenario Stromausfall vor und befasst sich eingehend mit der Analyse des derzeitigen Berliner KKM. Dabei werden die verschiedenen Akteure und ihre Zusammenarbeit vorgestellt. Das besondere Interesse gilt der Frage, wo und in welcher Weise eine Weiterentwicklung erforderlich ist. In diesem Zusammenhang wird die zunehmende Pluralität und Heterogenität von Großstädten herausgestellt, die es kaum noch gerechtfertigt erscheinen lassen, von „der Bevölkerung“ zu sprechen. Vielmehr muss sich das KKM sowohl konzeptionell als auch einsatzbezogen darauf einstellen, dass sich die Stadtquartiere hinsichtlich ihrer baulichen, sozioökonomischen und kulturellen Struktur erheblich voneinander unterscheiden und spezifische Resilienz- und Vulnerabilitätsprofile aufweisen.

Deren Kenntnis macht es möglich, Hilfsgüter gezielt dorthin zu bringen, wo sie benötigt werden und nicht im „Gießkannenprinzip“ über die Stadt zu verteilen und Hilfeleistungen auf Gebiete zu konzentrieren, wo sie benötigt werden – etwa, weil dort besonders viele pflegebedürftige Menschen leben, weil bei einer großen Zahl von Wohnungen die Wasserversorgung ausfällt oder weil die Lebensmittelvorräte der Bewohner vergleichsweise gering sind.

Als spezielles Hilfsmittel wurde exemplarisch für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf ein datenbankgestütztes Krisenmanagement-Tool entwickelt. Dessen Basis sind Daten zu vulnerabilitätsrelevanten Umständen und Gegebenheiten in den einzelnen Stadtteilen des Bezirks. Dazu zählen die Anzahl und die Lage von Arztpraxen, Alten- und Pflegeeinrichtungen und die Zahl ihrer Bewohner, Angaben zum Sozialindex und der Befassten Vulnerabilitätsmerkmalen mit Gebietskarten werden lokale Vulnerabilitätstopographien sichtbar, die das KKM sinnvoll unterstützen können.

In dem oben genannten Bericht wird auch die Notwendigkeit einer angepassten Krisenkommunikation herausgearbeitet. Durch den Ausfall von Telefon, Fernsehen und Internet sind die Möglichkeiten zur Information der Bevölkerung stark eingeschränkt. Dadurch werden die ohnehin vorhandenen Gefühle von Orientierungslosigkeit und Kontrollverlust verstärkt. Bei dem oben erwähnten Stromausfall im Münsterland

Sticher et al. 2013.

Anhaltender Stromausfall in Berlin. Stand und Entwicklungsperspektiven des Krisen- und Katastrophenmanagements. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwirtschaft.



wurden Feuerwachen als Anlaufstellen für die Bevölkerung eingerichtet. Hier wurden Informationen ausgetauscht und gegenseitige Hilfeleistungen organisiert.

Eine wichtige Erkenntnis des Projekts *TankNotStrom* war, dass auf örtlicher Ebene Schnittstellen zwischen den Einsatzkräften der BOS und den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen werden müssen. Gut ausgebildete und ausgerüstete staatliche Kräfte sind auch wegen ihrer command & control Strukturen unverzichtbar, aber nicht weniger wichtig ist die Einbeziehung der Bewohner der betroffenen Gebiete, da diese über erhebliche Ressourcen verfügen und einen wesentlichen Beitrag zur Schadensbewältigung leisten können. Ein solches Engagement trägt auch dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über die Situation zurückerlangen und nicht passiv auf fremde Hilfe angewiesen sind. Dies ist die Grundidee eines aktivierenden bevölkerungsnahen KKM.

3 Leitfragen des Projekts Kat-Leuchttürme

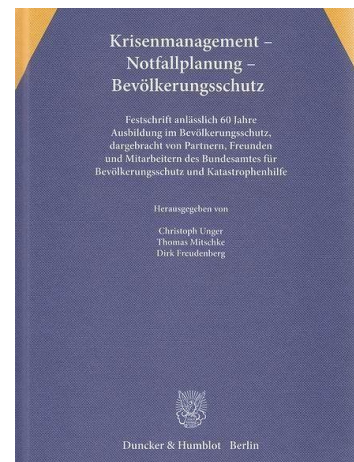
An die Erkenntnis aus dem Projekt *TankNotStrom* anknüpfend, dass technische Lösungen wie ein innovatives Kraftstoff-Logistik-Konzept nicht ausreichen, um die Folgen von Ereignissen wie ein lang anhaltender Stromausfall zu bewältigen, standen beim Projekt Kat-Leuchttürme die oben genannten Anlaufstellen für die Bevölkerung im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Es galt, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und zu erproben sowie die sozialpsychologischen Voraussetzungen zu verstehen und in der Konzeptentwicklung zu berücksichtigen. Besondere Beachtung fanden die Aspekte Information und Kommunikation. Als Modellregion wurde der Bezirk Steglitz-Zehlendorf gewählt. Dies bot sich an, da das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, das zugleich als untere Katastrophenschutzbehörde firmiert, als Konsortialpartner an dem Projekt beteiligt war.

Die HWR Berlin hat im Projekt *Kat-Leuchttürme* die sozialwissenschaftliche Forschung übernommen. Zudem hat sie in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Katastrophenrecht e.V. der Humboldt-Universität zu Berlin die rechtswissenschaftlichen Untersuchungen durchgeführt.

Am Beginn der wissenschaftlichen Arbeit stand eine gründliche Bestandsaufnahme der Konzeption, Organisation, rechtlichen Einbettung sowie Praxis des bestehenden KKM. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das derzeitige KKM nur auf regional und zeitlich begrenzte Krisen vorbereitet ist, dass besonders die kaskadierenden Auswirkungen einer Katastrophe, die eine Vielzahl von KRITIS betreffen, planerisch zu wenig berücksichtigt werden und dass ein umfassender „Kontaktmangel“ zu den zu schützenden Bürgern besteht. Die Ergebnisse dieser Analyse sind in folgende Fachbeiträge eingeflossen:

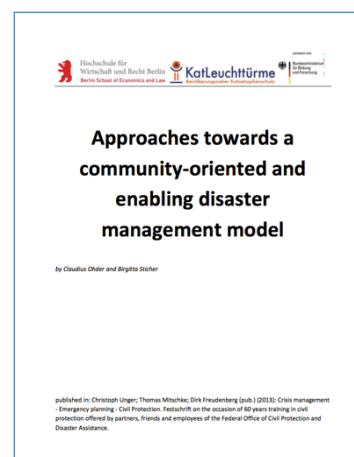
- *Ohder, Claudius; Sticher, Birgitta. 2013.* Ansätze für ein bevölkerungsnahes und aktivierendes Krisen- und Katastrophenmanagement. In: Christoph Unger, Thomas Mitschke und Dirk Freudenberg. *Krisenmanagement - Notfallplanung - Bevölkerungsschutz*. Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz dargebracht von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Bonn: Duncker & Humblot.
- *Röpcke, Julian; Schweer, Benedikt 2013.* Bürgernahes Krisen- und Katastrophenmanagement bei Stromausfall. In: *Crisis Prevention* 4/2013, S. 7-9.

Ohder / Sticher 2013. Ansätze für ein bevölkerungsnahes und aktivierendes Krisen- und Katastrophenmanagement. In: Christoph Unger, Thomas Mitschke und Dirk Freudenberg. *Krisenmanagement - Notfallplanung - Bevölkerungsschutz*. Bonn: Duncker & Humblot.

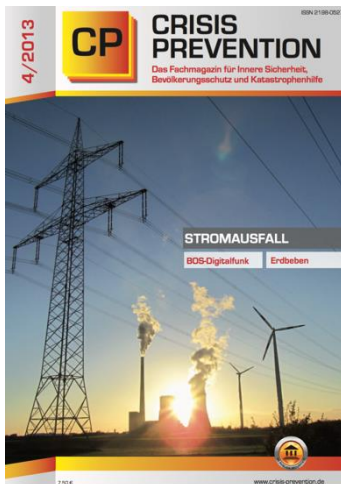


Ohder / Sticher 2013. Approaches towards a community-oriented and enabling disaster management model.

→ [Link zum Download](#)



Röpcke / Schweer.
Bürgernahes Krisen- und
Katastrophenmanage-
ment bei Stromausfall. In:
Crisis Prevention 4/2013



Sticher; Ohder 2013.
Einbeziehung der Bevöl-
kerung in das Katastro-
phenmanagement. In:
*SIAK-Journal-Vierteljah-
resschrift* 2/2013

→ [Link zum Download](#)



- *Sticher, Birgitta; Ohder, Claudius* 2013. Einbeziehung der Bevölkerung in das Katastrophenmanagement. In: *SIAK-Journal-Vierteljahresschrift* 2/2013, S. 81 – 93

Ein bürgernahes und aktivierendes KKM bleibt ohne ein differenziertes Konzept lediglich eine schöne Idee. Und ein solches Konzept wird im Krisen- und Katastrophenfall nur dann greifen, wenn es die sozialpsychologischen Voraussetzungen für eine Aktivierung der Bevölkerung und die rechtlichen Rahmenbedingungen für gegenseitige Hilfe berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund ziehen sich folgende Fragenkomplexe durch sämtliche Arbeiten der HWR:

1. Welchen nach Zeit- und Vulnerabilitätsaspekten differenzierten Hilfebedarf hat die Bevölkerung?
2. Wie groß ist die Bereitschaft der Bevölkerung zu gegenseitiger Hilfeleistung? Bestehen hierfür spezifische Voraussetzungen? Wie kann die Selbsthilfe im Krisen- oder Katastrophenfall aktiviert und organisiert werden?
3. Welche rechtlichen Probleme und Barrieren bestehen für eine aktive Einbeziehung der Bevölkerung im Krisen- und Katastrophenfall, für die Nutzung von öffentlichen und auch privaten Gebäuden und Einrichtungen oder auch bereits für deren Berücksichtigung bei entsprechenden Planungen, Vorbereitungen und Übungen.

In entwickelten Gesellschaften sind Krisen, die nicht beherrscht werden und in der Folge zum Ausrufen einer Katastrophe führen, seltene Ereignisse. Diese Gesellschaften haben eine hohe Grundresilienz. Folglich gibt es weltweit nur eine begrenzte Zahl gut dokumentierter Katastrophenereignisse, die im Sinn von Fallstudien für die Beantwortung dieser Fragen herangezogen werden konnten. Insofern war die Auswertung der wissenschaftlichen Literatur zu Katastrophen und ihrer Bewältigung wichtig aber nicht hinreichend. Weitere Bausteine waren die Beschäftigung mit der Sozialpsychologie des Hilfeverhaltens, mit stadtsoziologischen Erkenntnissen zur Nachbarschaft sowie der Forschung zu urbanen Lebensstilen. Darüber hinaus wurden auch zwei umfangreiche empirische Untersuchungen zu den Themen Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft durchgeführt. Diese Studien sowie die rechtswissenschaftlichen Untersuchungen waren wichtige Grundlagen für die Entwicklung des Kat-Leuchttürme-Systems. Ein Element dieses Systems sind die Katastrophenschutz-Informationen- und Interaktionspunkte (Kat-I), von denen aus die Aktivierung und Organisation der Selbsthilfe erfolgen soll. In den Überlegungen der HWR hatten die Kat-I einen besonders hohen Stellenwert.

4 Entwicklungslinien des Krisen- und Katastrophenmanagements

Entwicklungen in Deutschland

An der Bewältigung der Hochwasserkatastrophen der Jahre 2002 und 2013 waren in Deutschland zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt. Dies wurde weithin als eine neue Entwicklung im Bereich des Katastrophenschutzes betrachtet. Ob solche Spontanhelfer tatsächlich ein neues Phänomen sind oder ihre Rolle, etwa durch den Einsatz von Social Media, lediglich stärker sichtbar geworden ist, war jedoch zu Beginn der Arbeiten im Projekt *Kat-Leuchttürme* ungeklärt. Zudem war die wissenschaftliche Untersuchung der Entwicklung des KKM in Deutschland lückenhaft.

Vor diesem Hintergrund wurde eine aufwändige Recherche zu Katastrophenereignissen in Deutschland durchgeführt. Bei der Auswertung des Materials, das die Zeit von 1945 bis 2013 abgedeckt hat, standen zwei Fragen im Vordergrund. Haben auch bei der Bewältigung früherer Katastrophen Bürger in nennenswertem Umfang spontan mitgeholfen? Was waren die Entwicklungen im Bereich des Katastrophenschutzes, kam es zu organisatorischen Reformen, gab es Veränderungen im Selbstverständnis? Vertieft konnten folgende Ereignisse untersucht werden: die Sturmflut in Hamburg von 1962, große Waldbrände in Niedersachsen von 1975, die Schneekatastrophe in Norddeutschland vom Winter 1978/79, das Oderhochwasser von 1997 und das Elbehochwasser von 2002.

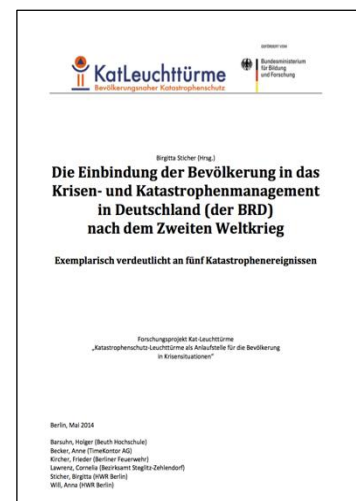
Die gewonnenen Erkenntnisse sind in folgendem Online-Bericht veröffentlicht:

- *Sticher, Birgitta (Hrsg.) 2014. Die Einbindung der Bevölkerung in das Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland (der BRD) nach dem Zweiten Weltkrieg. Exemplarisch verdeutlicht an fünf Katastrophenereignissen.*

An der Studie waren weitere Projektpartner beteiligt. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass deren unterschiedlichen Interessen bei der Auswertung des Materials berücksichtigt werden konnten. So wurden die Entwicklung der Organisation und der taktischen Ausrichtung der Einsatzkräfte (Feuerwehr, THW), die Erfahrungen der Kommunalbehörden sowie die Entwicklung der technischen Kommunikationsmittel eingehender untersucht. Das besondere Interesse der

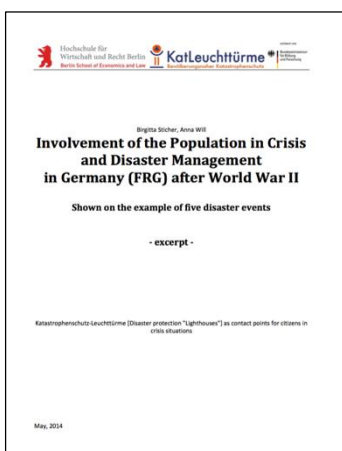
Sticher (Hrsg.) 2014. Die Einbindung der Bevölkerung in das Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland (der BRD) nach dem Zweiten Weltkrieg. Exemplarisch verdeutlicht an fünf Katastrophenereignissen.

→ [Link zum Download](#)



Sticher / Will 2014.
Involvement of the Population in Crisis and Disaster Management in Germany (FRG) after World War II. Shown on the example of five disaster events. Excerpt.

→ [Link zum Download](#)



HWR Berlin galt den Hilfebedarfen der Bevölkerung, den Hilfefmaßnahmen der BOS, den Unterstützungs- und Selbsthilfeaktivitäten der Bevölkerung sowie der Kooperation von Spontanhelfern und Einsatzkräften.

Nicht überraschend hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung bei allen untersuchten Ereignissen eine aktive Rolle eingenommen und sich an der Bewältigung der Situation beteiligt hat. Dies wurde jedoch zum Zeitpunkt der Ereignisse nicht entsprechend wahrgenommen und öffentlich gemacht. So finden sich beispielsweise in Feuerwehr-Publikationen keine oder nur beiläufige Erwähnungen dieses Umstands.

In der Regel ist es zu einer klaren Aufgabenverteilung gekommen. Die BOS haben Leitungs- und Managementaufgaben übernommen und die professionellen Einsatzkräfte haben Maschinen und technische Geräte bedient, in den Gefahrenzonen gearbeitet und Aufgaben übernommen, für die besonderes Fachwissen erforderlich ist, wie dies etwa im Bereich der Rettung und medizinischen Hilfe der Fall ist. Demgegenüber ist die Bevölkerung dort aktiv geworden, wo weder vertiefte Vorkenntnisse noch eine spezielle Ausrüstung erforderlich ist. Hierzu zählt das Verteilen von Lebensmitteln, das Wegräumen von Schnee oder das Füllen von Sandsäcken. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Bevölkerung über äußerst nützliche Spezialkenntnisse und -fähigkeiten verfügt. Hierzu zählt das Wissen um lokale Ressourcen wie Wasserstellen zum Löschen von Waldbränden oder besondere Fähigkeiten bei der psychologischen Betreuung von Betroffenen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist es zu keiner planmäßigen oder auch nur geordneten Einbeziehung von Spontanhelfern in das KKM gekommen und auch dort, wo die Situation ohne die Bevölkerung nicht oder nur stark verzögert hätte bewältigt werden können, so etwa bei der Schneekatastrophe vom Winter 1978/79, ist es nur punktuell zu einer reibungslosen Koordination gekommen. Die Auswertung der Ereignisse deutet darauf hin, dass ein gutes Informations- und Kommunikationsmanagement eine wesentliche Voraussetzung für die Zusammenarbeit von BOS und Bevölkerung ist.

Die Ergebnisse dieser Studie lassen erkennen, dass es in Deutschland einer konzeptionellen Einbindung der Bevölkerung in das KKM bedarf. Hierfür müssen Voraussetzungen insbesondere im Bereich der Information und Kommunikation geschaffen werden. Darüber hinaus ist die Sensibilisierung, Aufklärung und Ausbildung sowohl der zuständigen Verantwortungsträger, als auch der Bevölkerung von Nöten.

Entwicklungen im Ausland

Um nicht nur aus den „deutschen“ Erfahrungen zu lernen, wurden im weiteren Projektverlauf auch die Entwicklungen im Ausland einbezogen. Untersucht wurden der Katastrophenschutz und die Rolle der Bevölkerung im KKM in europäischen und außereuropäischen Staaten, die ähnliche KRITIS und damit eine vergleichbare Abhängigkeit von der Stromversorgung aufweisen wie Deutschland.

Die Ergebnisse sind in folgendem Online-Bericht veröffentlicht:

- *Schweer, Benedikt; Ohder, Claudius et al. 2014.* Katastrophenschutz im Umbruch. Ansätze der Bürgeraktivierung und -einbeziehung im internationalen Vergleich.

Folgender Artikel enthält wesentliche Ergebnisse der Studie:

- *Schweer, Benedikt; Ohder, Claudius 2015.* Bürgerbeteiligung in Katastrophen. In: Brandschutz 10/2015, S. 839 - 843

In Studie werden die Besonderheiten des Katastrophenschutzes in Australien, Dänemark, Kanada, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden und USA dar- und Best-Practice-Ansätze vorgestellt. Dabei wird vertieft auf Entwicklungen in Richtung eines bürgernahen KKM eingegangen. Stärker als in Deutschland sind nämlich im Ausland die Bürger in den Fokus des KKM gerückt. So wird beispielsweise die Bevölkerung in gezielten Aufklärungskampagnen über die Möglichkeiten und auch Notwendigkeit der Selbsthilfe informiert. Hierbei werden auch unkonventionelle Wege beschritten, so etwa die „Verpackung“ das Themas als Zombie-Epidemie, um Jugendliche zu erreichen. Die vielfältigen Ansätze zur stärkeren Einbindung der Bürger in das KKM lassen sich drei Ebenen zuordnen. Die erste Ebene ist deren Beteiligung am vorbeugenden Risikomanagement und der Krisenvorsorge. Die zweite Ebene besteht in der organisatorischen Einbindung hilfebereiter Bürger in das KKM. Entsprechende Maßnahmen reichen von der Rekrutierung für Hilfeorganisationen wie Feuerwehren oder Zivilschutz bis hin zur Gewinnung von Bürgern für projekt- und ereignisbezogene Hilfeleistungen, die keine längerfristige Bindung an eine Organisation erfordern. Als Beispiel sei hier das *Team Österreich* erwähnt. Hier lassen sich Freiwillige im Vorfeld registrieren, um dann im Einsatzfall rasch alarmiert und unter Anleitung konkrete Aufgaben erfüllen zu können. Auf der dritten Ebene findet eine konzeptionelle Neuausrichtung des KKM mit dem Ziel statt, im Krisen- und Katastrophenfall Spontanhelfer bedarfsgerecht einsetzen zu können. Hintergrund ist die Erfahrung, dass die für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden und Organisationen mit den

Schweer / Ohder et al. 2014.

Katastrophenschutz im Umbruch. Ansätze der Bürgeraktivierung und -einbeziehung im internationalen Vergleich.

→ [Link zum Download](#)



Schweer / Ohder 2015.
Bürgerbeteiligung in Katastrophen. Bürgerbeteiligung in Katastrophen.
In: Brandschutz 10/2015



Sticher 2013.
Lehrstück der Krisenkommunikation. Wirbelsturm Sandy. In: Sicherheitshalber - Zeitschrift für Sicherheit in Industrie, Handel und Verkauf. 4/2013

spontanen Hilfsangeboten aus der Bevölkerung regelmäßig überfordert waren und es nur punktuell gelungen ist, diese Ressource optimal zu nutzen. Zwei bewährte Modelle zur Resind das *Spontaneous Volunteer Management Resource Kit* aus Australien und die Initiative *Managing Spontaneous Volunteers in Times of Disaster: The Synergy of Structure and Good Intentions* aus den USA.

Auf allen drei Ebenen kommt der kommunalen oder lokalen Ebene eine besondere Bedeutung zu. Die Bürger sind besonders bereit, sich in ihrer Community zu engagieren, vor Ort bestehen die besten Voraussetzungen, um die Kooperation von professionellen Einsatzkräften und Spontanhelfern zu organisieren und das vorbeugende Risikomanagement hat vielfach einen ausgeprägten lokalen Bezug.

Nutzung Sozialer Medien in der Krisenkommunikation

Soziale Medien, wie etwa Twitter oder Facebook, haben die Krisenkommunikation staatlicher Stellen verändert und die Beteiligung von Bürgern als aktive Helfer in Katastrophen erleichtert. Mit Hilfe dieser Medien können Informationen rasch und sogar in Echtzeit verbreitet, Verabredungen getroffen und Aktivitäten koordiniert werden. Am Beispiel zweier jüngerer Katastrophenereignisse hat die HWR Berlin die Rolle von Social Media bei der Katastrophenbewältigung eingehend untersucht.

Folgender Artikel befasst sich am Beispiel des Hurrikans Sandy, der im Oktober 2012 auf die Ostküste der USA traf und insb. in New York schwere Schäden verursacht hat, mit den Möglichkeiten aber auch Grenzen der Verwendung von Social Media:

- *Sticher, Birgitta. 2013. Lehrstück der Krisenkommunikation. Wirbelsturm Sandy. In: Sicherheitshalber - Zeitschrift für Sicherheit in Industrie, Handel und Verkauf. 4/2013, S. 2-7*

Diese Veröffentlichung geht auf die Folgen des Hurrikans ein und gelangt zu dem Ergebnis, dass unmittelbar Betroffene ihre Angehörigen und Freunde mit Hilfe von Statusmeldungen zügig über ihren gesundheitlichen Zustand informieren konnten und sich rasch digitale Gruppen gebildet haben, über die Spendensammlungen, Aufräumaktionen und andere Hilfeleistungen organisiert wurden. Auch die staatlichen Stellen haben Soziale Medien intensiv genutzt, um Betroffene gezielt anzusprechen und zu informieren. Besonders Jüngere konnten auf diese Art und Weise erreicht werden. Ältere sind hingegen mit diesen Kommunikationsmedien weniger vertraut und die Informationen sind nicht bei allen angekommen.

Trotz Unterbrechungen der elektrischen Versorgung und eines Ausfalls der Telekommunikationsnetze haben sich die Social Media als vergleichsweise stabil erweisen.

Im Sommer 2013 sind über weiten Teilen Mitteleuropas sehr starke Regenfälle niedergegangen. In sieben Ländern kam es zu schweren Überflutungen. Betroffen war auch die an der Elbe gelegene Landeshauptstadt Magdeburg. Dort wie auch in anderen Städten haben sich die Bürger mit großem Engagement an Sicherungs- und Aufräumarbeiten beteiligt. Mehrere Tausend freiwillige Helfer waren im Einsatz. Im Nachgang zu diesen Ereignissen hat die HWR Berlin im Oktober 2013 im Magdeburger Rathaus einen Workshop zu den Themen Krisenkommunikation, Hilfbereitschaft und Einbindung von Spontanhelfern in das KKM organisiert. Teilnehmer waren sowohl Vertreter der BOS und Hilfsorganisationen, als auch Bürgerinnen und Bürger, die sich während der Flutkatastrophe besonders stark engagiert haben.

Zu diesem Workshop wurden Informationen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammengestellt:

- *Hochschule für Wirtschaft und Recht. 2014.* Aktivierung der Bevölkerung und Bürgerschaftliches Engagement im Katastrophenfall Potenziale und Probleme der Bewältigung von Krisen am Beispiel des Magdeburger Hochwassers vom Juni 2013.

Die Statements und Diskussionen dieses Workshops wurden aufgezeichnet und ausgewertet. Wesentliche Ergebnisse wurden in folgendem Online-Dokument veröffentlicht:

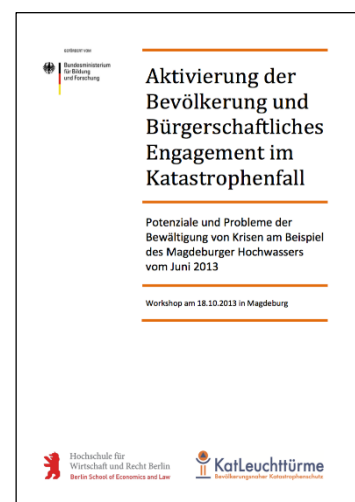
- *Geißler, Sarah. 2013.* Erkenntnisse und Empfehlungen basierend auf dem Workshop vom 18.10.2013 in Magdeburg.

Im Zusammenhang mit der Überflutung von Teilen Magdeburgs haben sich soziale Medien als für die Krisenkommunikation taugliches Instrument erwiesen. Öffentliche Stellen und Behörden konnten Informationen rasch weiterleiten aber auch relevante Informationen gewinnen. Allerdings war die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und denen, die die Informationsweiterleitung und Kommunikation in den sozialen Netzwerken organisiert haben, nicht konfliktfrei. Hier zu einer tragfähigen Kooperation zu gelangen und auch Regeln aufzustellen, wie mit sich schnell verbreitenden Falschmeldungen oder Aufrufen zu Straftaten umzugehen ist, wird als wichtiger Baustein für die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Initiativen in das KKM betrachtet.

Hochschule für Wirtschaft und Recht. 2014.

Aktivierung der Bevölkerung und Bürgerschaftliches Engagement im Katastrophenfall Potenziale und Probleme der Bewältigung von Krisen am Beispiel des Magdeburger Hochwassers vom Juni 2013

→ [Link zum Download](#)



Geißler 2013.

Erkenntnisse und Empfehlungen basierend auf dem Workshop vom 18.10.2013 in Magdeburg.

→ [Link zum Download](#)

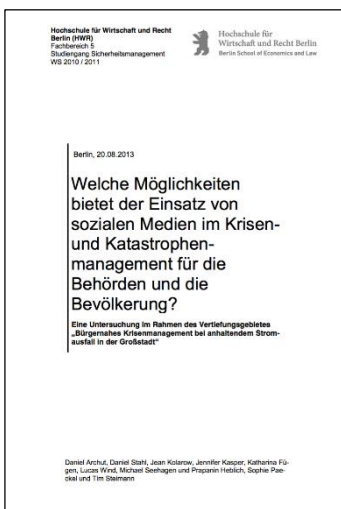


Archut et al. 2013.
Welche Möglichkeiten bietet der Einsatz von sozialen Medien im Krisen- und Katastrophenmanagement für die Behörden und die Bevölkerung?

→ [Link zum Download](#)

Ein an der HWR Berlin durchgeführtes Studienprojekt hat sich über die oben geschilderten Ereignisse hinaus mit den Möglichkeiten des Einsatzes Sozialer Medien im KKM beschäftigt. Wesentliche Ergebnisse und Handlungsempfehlungen für staatliche Stellen enthält folgender Online Bericht:

- Archut, Daniel et al. 2013. Welche Möglichkeiten bietet der Einsatz von sozialen Medien im Krisen- und Katastrophenmanagement für die Behörden und die Bevölkerung? Eine Untersuchung im Rahmen des Vertiefungsgebietes "Bürgernahe Krisenmanagement bei anhaltendem Stromausfall in einer Großstadt".



5 Erklärungen prosozialen Verhaltens

Dass sich Menschen in Notlagen prosozial und sogar altruistisch verhalten, ist vielfach belegt. Dass dies auch in Katastrophen der Fall ist, haben die durchgeführten Fallstudien bestätigt. Antisoziales Verhalten wie Plünderungen oder sonstige Übergriffe sind Ausnahmen und in der Regel auf lange bestehende schwere Konfliktlagen zurückzuführen. Gleichwohl war es erforderlich zu klären, was Menschen dazu bewegt, in Notlagen anderen zu helfen, welche Voraussetzung hierfür bestehen und welche Bedingungen hinderlich bzw. förderlich sind.

Für prosoziales Verhalten finden sich unterschiedliche Erklärungsansätze, die sich gegenseitig ergänzen. Zum einen kann aus biologischer Perspektive argumentiert werden, dass Menschen allein auf Grund ihrer Fähigkeit zur Empathie bereit sind, anderen zu helfen. Diese Begründung setzt an dem Erfordernis der Fürsorge für die eigenen Nachkommen an, bezieht sich aber auch auf Gemeinschaften, in denen die Kooperation ein wichtiger Überlebensfaktor ist und prosoziales Verhalten folglich auch ohne Gegenleistung oder unmittelbaren Selektionsvorteil funktional ist. Ganz allgemein kann die Bereitschaft zur Hilfe auch auf eine weithin gültige Reziprozitätsnorm zurückgeführt werden, die für einen Ausgleich beim Geben und Nehmen sorgt. Aus individualistischer Perspektive lässt sich anführen, dass die helfende Person im Rahmen ihrer Sozialisation Erfahrungen gemacht hat, die ihre Hilfsbereitschaft fördern. So werden bei der Hilfeleistung positive Gedächtnisinhalte abgerufen oder es wird die Perspektive des Gegenübers eingenommen, wodurch Gefühle von Sorge und Anteilnahme entstehen. Die interpersonale Perspektive betrachtet Hilfsbereitschaft in Abhängigkeit von der Qualität der Beziehungen. Sind diese eher oberflächlich, wie dies zwischen entfernt Bekannten oder Fremden der Falls ist, wird tendenziell das eigene Wohl in den Vordergrund gestellt. Sind die Beziehungen jedoch wie bei guten Freunden und Verwandten eng und vertraut, werden die eigenen Interessen zurückgestellt und das Wohlergehen aller wird angestrebt. Auch die Einbindung in soziale Systeme kann Hilfsbereitschaft erklären. Sofern nämlich Normen wie sozialen Verantwortung, Fairness und Gerechtigkeit in solchen Systemen einen hohen Stellenwert besitzen, ist deren Einhaltung eine Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem solchen System und den Erwerb von Status.

In einer aus dem Projekt Kat-Leuchttürme hervorgegangenen Masterarbeit wurde die Motivation freiwilliger Helfer in der Flutkatastrophe des Jahres 2013 untersucht:

Geißler 2014.
Motivationen „spontaner“ Hilfeleistungen im Krisen- und Katastrophenfall am Beispiel der Flutereignisse in Magdeburg 2013.

→ [Link zum Download](#)



Geißler / Sticher 2014.
Hilfeverhalten in Katastrophen und die Folgen für das Katastrophenmanagement - am Beispiel des Hochwassers 2013 in Magdeburg. In: *Polizei & Wissenschaft*. 4/2014



- *Geißler, Sarah. 2014.* Motivationen „spontaner“ Hilfeleistungen im Krisen- und Katastrophenfall am Beispiel der Flutereignisse in Magdeburg 2013.

Mittels qualitativer Interviews mit aktiven Helfern während des Hochwassers im Jahr 2013 werden die Motive für ihr regelmäßig sehr hohes Engagement herausgearbeitet. Diese lassen sich wie folgt typisieren. Zum ersten handelt es sich um altruistische Motive, die einer starken moralischen Verpflichtung entspringen oder mit dem Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderungen einhergehen. Zweitens handelt es sich um selbstbezogene Motive, die aus dem Wunsch nach Anerkennung und Geltung, Selbsterfahrung oder auch Spaß gespeist werden. Und drittens sind es soziale Motive. Durch die Hilfeleistung soll die Gemeinschaft gefördert und die innere Verbundenheit mit den Mitmenschen gestärkt werden.

Auf den im Kat-Leuchttürme Projekt durchgeführten Untersuchungen zum Hochwasser des Jahres aufbauend, befasst sich folgender Fachbeitrag mit den Motiven für Hilfbereitschaft und den Erklärungen für prosoziales Verhalten:

- *Geißler, Sarah; Sticher, Birgitta. 2014.* Hilfeverhalten in Katastrophen und die Folgen für das Katastrophenmanagement - am Beispiel des Hochwassers 2013 in Magdeburg. In: *Polizei & Wissenschaft*. 4/2014, S. 53-70.

6 Erforschung von Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft bei anhaltendem Stromausfall

Der Betrachtung prosozialen Verhaltens im Lichte der vergleichsweise wenigen gut dokumentierten Katastrophenergebnisse und dessen Erklärung aus entwicklungsbiologischer, sozialpsychologischer und soziologischer Sicht hat zu wichtigen Erkenntnissen für die Entwicklung eines aktivierenden und bürgernahen KKM geführt. Allerdings haben diese Erkenntnisse notwendigerweise einen allgemeinen Charakter. Sie beziehen sich weder in besonderer Weise auf den konkreten Fall eines anhaltenden Stromausfalls noch bilden sie die hinreichend differenziert die Gegebenheiten einer deutschen Großstadt ab. Insofern war es erforderlich, die Wissensgrundlagen mit eigener empirischer Forschung zu erweitern.

Die HWR Berlin hat insgesamt vier empirische Studien durchgeführt, die jenseits der Nutzung für die konzeptionelle Entwicklung der Kat-Leuchttürme als Beitrag zur Katastrophenforschung gedacht sind. Zwei Studien befassen sich mit Personengruppen, die durch Stromausfälle (potenziell) besonders betroffen sind. Die zwei übrigen Studien sind eine quantitative und qualitative Bürgerbefragung und zusammen bilden sie das Herzstück der empirischen Arbeit der HWR Berlin.

Leben ohne Strom

Was sind die konkreten Folgen eines langen Stromausfalls für die betroffenen Menschen? Welche Strategien wählen sie, welche Techniken setzen sie ein, um mit dieser Situation zurecht zu kommen? Diese individuelle Ebene wird in der vorhandenen Literatur kaum betrachtet, sie ist aber für das im Projekt *KatLeuchttürme* verfolgte Ziel von Bedeutung. Um auf diese Fragen Antworten zu finden, wurde über eine Beratungseinrichtung Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen, die seit längerer Zeit von einer Stromsperrung betroffen sind. Mit fünf Personen wurden Interviews geführt.

Die Ergebnisse sind in folgendem Artikel veröffentlicht:

- *Ohder, Claudius; Sticher, Birgitta et al. 2014.* Leben ohne Strom: Energiesperrungen als Thema in der Sozialen Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege. 6/2014, S. 225-229.

Die Ergebnisse zeigen, wie weitreichend die Folgen einer Stromsperrung für die davon Betroffenen sind und unterstreichen, dass „Alltag“ bei einem großflächigen Stromausfall kaum noch gelebt werden kann. Stromsperrungen führen zu erheblichen Einschränkungen bei der Nutzung von Medien, der Körperhygiene und der Zubereitung von frischer bzw. warmer Nahrung. Sie belasten auch soziale Beziehungen. Das

Ohder / Sticher et al. 2014.

Leben ohne Strom: Energiesperrungen als Thema in der Sozialen Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege. 6/2014

Blätter der
Wohlfahrtspflege

Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit

Geißler 2015.

Vulnerable Menschen in der Katastrophe. Hilfebedarfe von vulnerablen Bevölkerungsgruppen und Möglichkeiten der Unterstützung bei anhaltendem Stromausfall in Berlin.

→ [Link zum Download](#)



Leben ohne Strom verlangt erhebliche Anpassungsleistungen, die oft viel Zeit in Anspruch nehmen. Besonders Menschen mit psychischen und physischen Belastungen reagieren mit verstärktem sozialen Rückzug und besitzen nur geringe Kompensationsfähigkeiten und -möglichkeiten. Hingegen sind Menschen mit einem tragfähigen sozialen Netzwerk am ehesten in der Lage, die durch die Stromsperrung bedingten Ausfälle auszugleichen.

Besondere Vulnerabilität bei Stromausfall

Personen, die über wenig materielle, soziale, physische und psychische Ressourcen verfügen, so auch das Ergebnis der oben vorgestellten Studie „Leben ohne Strom“, sind besonders vulnerabel, d.h. sie wären durch die Folgen eines Stromausfalls oder eines vergleichbaren Ereignisses stark betroffen und hätten einen hohen Hilfebedarf. Dies führt zu der Frage nach Bevölkerungsgruppen mit besonderer Vulnerabilität, deren Aufenthaltsort und ungefährender Zahl. Über entsprechende Informationen zu verfügen, ist eine wichtige Grundlage für ein bevölkerungsnahes KKM, das Hilfe für diejenigen vorhält, die sich nicht oder nur ungenügend selbst helfen können.

Auf der Basis von Sekundäranalysen, Interviews mit Experten und Betroffenen wurden mehrere Gruppen identifiziert und quantifiziert, die durch einen anhaltenden Stromausfall besonders betroffen wären. Dies sind: Hochbetagte Menschen, mobilitätsbeeinträchtigte Personen, psychisch beeinträchtigte Personen, Drogenabhängige, Mütter mit Neugeborenen, Obdachlose, ausländische Touristen und sich illegal im Land aufhaltende Menschen.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind in folgenden Online-Bericht zusammengefasst:

- *Geißler, Sarah. 2015. Vulnerable Menschen in der Katastrophe - Hilfebedarfe von vulnerablen Bevölkerungsgruppen und Möglichkeiten der Unterstützung bei anhaltendem Stromausfall in Berlin.*

In dem Bericht wird aufgezeigt, dass Personen, die diesen Gruppen angehören, gleichermaßen vulnerabel sind, jedoch ihr Hilfebedarf, der sich bei einem Stromausfall einstellen würde, recht unterschiedlich ist. So sind besonders alte und geschwächte Personen auf Mobilitätsunterstützungen angewiesen, für Neugeborene muss die Baby-Nahrung gewärmt werden, psychisch Kranke können in ungewohnten Situationen die Balance verlieren und eine intensive Begleitung benötigen, Drogenabhängige sind ohne einen funktionierenden Drogenmarkt auf Substitut-Stoffe angewiesen, welche verschrieben, organisiert abgegeben und dann kühl gelagert

werden müssen, Touristen verfügen über keine Vorräte und benötigen rasch Lebensmittel, Obdachlose sind besonders im Winter auf warme Unterkünfte angewiesen. Diese unterschiedlichen Bedarfe müssen durch das KKM berücksichtigt werden, was einen großen logistischen Aufwand mit sich bringt. Zudem können bestimmte Hilfen nur von ausgebildeten Fachkräften wie Ärzten geleistet werden.

Die Untersuchung macht jedoch auch deutlich, dass für viele Hilfeleistungen keine speziellen Kenntnisse oder gar Ausbildungen erforderlich sind. Dazu zählen angeleitete pflegerische Tätigkeiten, die Betreuung bettlägeriger Menschen, Dolmetschertätigkeiten für ausländischen Touristen oder Flüchtlinge oder die Stabilisierung und Aktivierung psychisch labiler Menschen etwa durch gezielte Besuche. Zudem zeigt sich, dass auch vulnerable Personen in der Lage sind, Hilfe zu leisten, sobald ihre dringenden und teilweise existenziellen Bedürfnisse befriedigt sind. Insofern schließen sich erhöhte Vulnerabilität und Hilfetätigkeit nicht aus.

Der Bericht enthält auch Hinweise für die Krisenkommunikation mit besonders vulnerablen Personen und Empfehlungen für den Einsatz von freiwilligen Helfern.

Quantitative Bürgerbefragung

Um ein differenziertes Bild der Hilfebedarfe, der Hilfeerwartungen und der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung zu erhalten, wurden 800 Berlinerinnen und Berliner in den Bürgerämtern von drei Berliner Bezirken schriftlich befragt. Um Personen mit geringen Deutschkenntnissen einbeziehen zu können, lag der Fragebogen auch in englischer und türkischer Sprache vor. Durch die Wahl der Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Lichtenberg und Mitte konnte sichergestellt werden, dass ein Querschnitt der Berliner Bevölkerung erreicht wird.

Nach einer kurzen Darstellung der voraussichtlichen Folgen eines längeren Stromausfalls wurden in dem Fragebogen folgende Themen behandelt: Wohn- und Lebenssituation der Befragten; im Haushalt vorhandene Vorräte an Lebensmitteln, Medikamenten und technischen und Geräten, die bei einem Stromausfall nützlich sein können; Erwartungen hinsichtlich Art und Organisation von Hilfemaßnahmen; Bereitschaft zur eigenen Hilfeleistung.

Die Ergebnisse dieser Befragung sind in folgendem Online-Bericht veröffentlicht:

- *Ohder, Claudius; Röpcke, Julian et al. 2014.* Hilfebedarfe und Hilfsbereitschaft bei anhaltendem Stromausfall. Ergebnisse einer Bürgerbefragung in drei Berliner Bezirken.

Ohder / Röpcke et al. 2014.

Hilfebedarfe und Hilfsbereitschaft bei anhaltendem Stromausfall. Ergebnisse einer Bürgerbefragung in drei Berliner Bezirken.

→ [Link zum Download](#)



Ohder / Röpcke et al.
2014.

Relief Needs and Willingness to Help in the Event of Longterm Power Blackout. Results of a citizen survey in three Berlin districts.

→ [Link zum Download](#)



Relief Needs and Willingness to Help in the Event of Long-term Power Blackout

Results of a citizen survey in three Berlin districts

Claudius Ohder
Julian Röpcke
Birgitta Sticher
Sarah Geißler
Benedikt Schweer

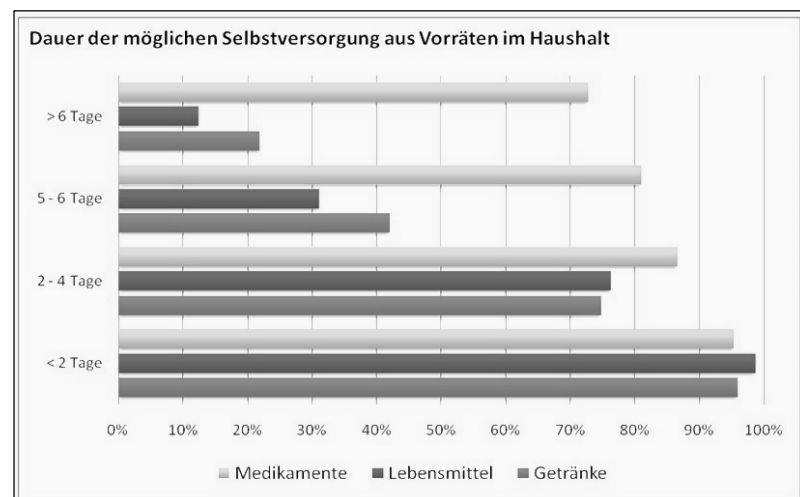
January 2014



Die Kernergebnisse der Studie sind in folgendem Aufsatz publiziert:

- *Ohder, Claudius; Röpcke, Julian 2014: Hilfebedarf, Hilfeerwartung und Hilfsbereitschaft bei einem Stromausfall. Die Ergebnisse einer Bürgerbefragung in Berlin. In: Crisis Prevention 2/2014, S. 33-35*

Ein wichtiges Ergebnis für die Abschätzung des Hilfebedarfs ist, dass sich etwa 26 % der Befragten als gesundheitlich eingeschränkt bezeichnen und 15 % mit einer Person in häuslicher Gemeinschaft leben, die (ebenfalls) gesundheitlich eingeschränkt ist. Fast ein Viertel gibt an, regelmäßig Medikamente zu benötigen, wobei von diesen rund 70 % über Vorräte für wenigstens sechs Tage verfügen. Die Dauer einer möglichen Selbstversorgung mit Getränken und Lebensmittel ist dagegen deutlich kürzer. Hier ist nach vier Tagen mit erheblichen Versorgungslücken zu rechnen. Tendenziell haben Personen über 60 Jahre einen größeren Vorrat als Studenten oder Personen mit Migrationshintergrund. 75% der Befragten verfügen über Kerzen bzw. Taschenlampen, jedoch nur 15% über Campingkocher. 80% verfügen über ein WLAN-fähiges Endgerät und 64 % über ein batteriebetriebenes Radio. Technische Geräte, die für die Notkommunikation eingesetzt werden könnten, sind somit recht weit verbreitet. Da ca. 70% über ein Fahrrad und etwa 50% über einen PKW verfügen, wäre mit den vorhandenen Mitteln zumindest eine kleinräumige Mobilität gesichert.

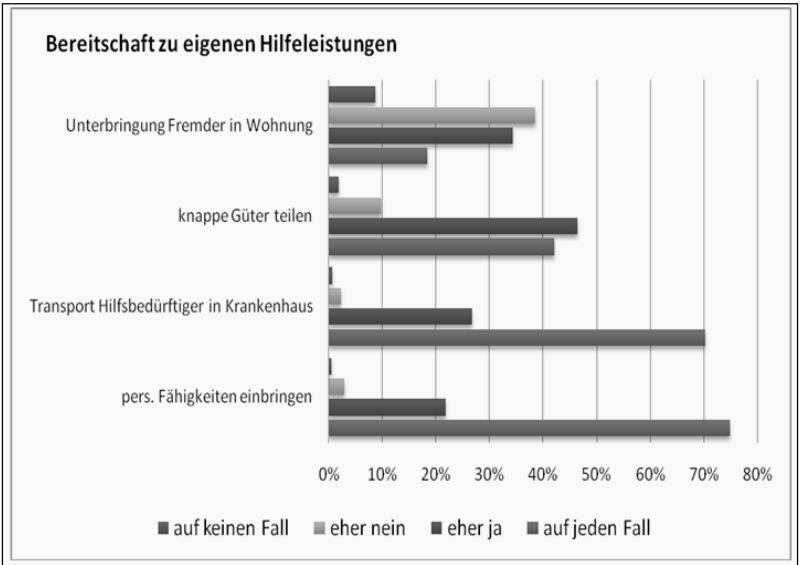
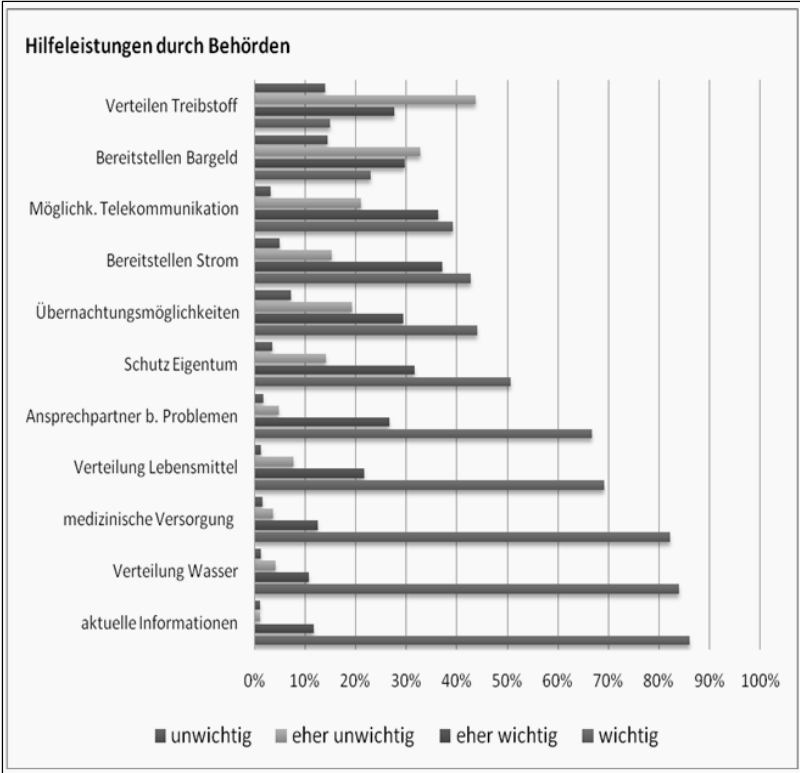


Die Befragten gehen davon aus, dass sie in erster Linie von Verwandten, Freunden und Nachbarn Hilfe erhalten würden. Die nachbarschaftlichen Netzwerke werden dabei mit zunehmendem Alter und steigender Wohndauer in einem Wohngebiet als belastbar eingeschätzt. Von staatlicher Seite werden

aktuelle Informationen zur Lage in der Stadt sowie die Verteilung von Wasser und Lebensmitteln erwartet. Anlaufstellen für die Bevölkerung sollen an Orten eingerichtet werden, die gut bekannt sind – etwa in Polizeirevieren, Feuerwachen oder Bahnhöfen. Es wird deutlich, dass die Befragten von staatlichen Stellen keine Rundumversorgung erwarten.

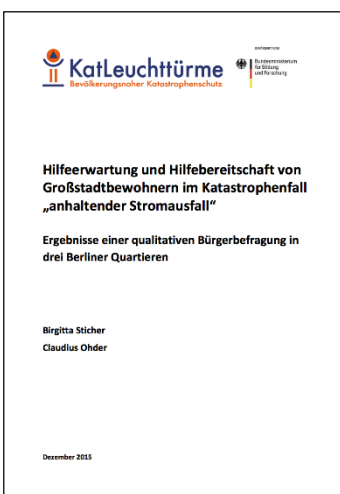
Ohder / Röpcke 2014.
Hilfebedarf, Hilfeeerwartung und Hilfebereitschaft bei einem Stromausfall. Die Ergebnisse einer Bürgerbefragung in Berlin.

→ [Link zum Download](#)



Sticher / Ohder 2015.
Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft von Großstadtbewohnern im Katastrophenfall „anhaltender Stromausfall“. Ergebnisse einer qualitativen Bürgerbefragung in drei Berliner Quartieren.

→ [Link zum Download](#)



Die von den Befragten geäußerte Hilfebereitschaft ist herausragend hoch. Nur 1 % geben an, unter keinen Umständen anderen helfen zu wollen. Besonders hoch ist die Bereitschaft, andere mit Dienstleistungen zu unterstützen, wodurch die eigene Ressourcenlage nicht beeinträchtigt wird. Die Bereitschaft, knappe Güter zu teilen, ist geringer. Überdurchschnittlich bereit, Getränke und Lebensmittel abzugeben oder sogar Fremde in der eigenen Wohnung aufzunehmen, sind Personen, die selbst nur über begrenzte Ressourcen verfügen: Ältere, Migranten und Befragte mit größeren Familien. Die Befragung hat bestätigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in hohem Maße bereit sind, anderen im Katastrophenfall zu helfen und somit eine wesentliche Voraussetzung für ein bürgernahes KKM gegeben ist.

Qualitative Quartiersbefragung

Mit der quantitativen schriftlichen Befragung konnte in Erfahrung gebracht werden, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, im Krisen- und Katastrophenfall trotz geringer Vorräte einander zu helfen, und sie keine unrealistischen Erwartungen an staatliche Stellen oder die großen Hilfsorganisationen haben. Was aber beispielsweise die Bürgerinnen zu dieser Hilfebereitschaft bewegt oder auch davon abbringt, in welcher Weise die bauliche und soziale Struktur von Nachbarschaften diese Hilfebereitschaft beeinflusst, oder ob Ethnizität und Religion die Hilfebereitschaft und -erwartungen prägen, kann auf diesem Wege nicht erforscht werden.

Eine zweite Befragungsstudie der HWR Berlin wurde daher qualitativ angelegt. In den drei Berliner Quartieren, die sich baulich und sozio-strukturell stark voneinander unterscheiden, wurden jeweils 20 Bewohnerinnen und Bewohner zu den für das Projekt relevanten Themen mündlich befragt. Die ausgewählten Stadtgebiete waren die Thermometersiedlung und Lichterfelde-West in Steglitz-Zehlendorf sowie das Quartier um den Helmholtzplatz in Mitte.

Die Ergebnisse sind in folgendem Online-Bericht veröffentlicht:

- *Sticher, Birgitta; Ohder, Claudius. 2015. Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft von Großstadtbewohnern im Katastrophenfall "anhaltender Stromausfall". Ergebnisse einer qualitativen Bürgerbefragung in drei Berliner Quartieren.*

Die Ergebnisse der qualitativen Studie lassen sich nahtlos an die der quantitativen Bürgerbefragung anschließen und führen zu einem tieferen Verständnis. So lassen sich gruppenspezifische Differenzen – etwa zwischen über 65-Jährigen und Eltern mit Kleinkindern - auf Unterschiede in der Lebenspraxis zurückführen. Zugleich bestehen zwischen den Quartieren

gruppenübergreifende Unterschiede, die mit den sozialstrukturellen Lagen der Bewohner zusammenhängen aber darüber hinaus durch die vorherrschenden Lebensstile, dem Grad der Homogenität der Nachbarschaft und der Mobilität der Bewohner beeinflusst sind.

Die Befragungsergebnisse belegen jedoch zugleich gruppen- und quartiersübergreifende Gemeinsamkeiten, eine Art Syntax des Hilfeverhaltens. Eine solche Grundfigur ist die Reziprozität, also die Erwartung, dass einem selbst geholfen wird, wenn man anderen hilft. Dadurch wird die Hilfeleistung von nebulösen altruistischen Motiven befreit und zu einer Dimension eines pragmatischen Austauschverhältnisses. Nachbarschaftliche Hilfe muss folglich nicht auf dem ethisch begründeten Appell „Starke müssen Schwachen helfen“ aufgebaut werden, der bei einer Zuspitzung der Krise zunehmend ins Leere laufen könnte, sondern kann als System gegenseitigen Gebens und Nehmens entwickelt werden, das sich in der Krise sogar stabilisiert, weil sich der Austausch von Geben und Nehmen intensiviert. In diesem Sinn besteht ein bürgernahes KKM nicht unwesentlich aus der Ermöglichung von Interaktion und Kommunikation in Krisen- und Katastrophensituationen. Eine weitere „Grammatikregel“ des Hilfeverhaltens ist Proximität. Danach hat die Nähe zu einem Hilfebedürftigen einen starken Einfluss auf die Hilfbereitschaft. Diese Nähe hat eine räumliche und eine soziale Dimension. Nachbarn auf der gleichen Wohneinheit hilft man in der Regel eher als den Bewohnern des Nachbarblocks. Personen, mit denen man sich verbunden fühlt, hilft man eher als solchen, die einem fremd sind. Gleiche soziale Lagen und Lebensentwürfe erleichtern somit gegenseitige Hilfe. Die Befragungsergebnisse legen nahe, dass bestehende nachbarschaftliche Netzwerke, die soziale Nähe abbilden aber diese gleichermaßen erzeugen, auch in Krisen- und Katastrophenbedingungen stabil bleiben werden. Auch dieser Umstand ist für die Entwicklung eines bürgernahen KKM bedeutsam.

Die Befragungsergebnisse lassen aber auch erkennen, dass die Anwendung der Reziprozitäts- und Proximitätsregeln dazu führen dürfte, dass Menschen, die sich außerhalb bestehender sozialer Netzwerke befinden, nur eine geringe Hilfbereitschaft erwarten können. Darunter fallen ortsfremde und sozial isolierte, ressourcenarme Personen. Mit diesen fühlt man sich wenig verbunden und von diesen nimmt man an, dass sie nicht in der Lage sein werden, eine geleistete Hilfeleistung auszugleichen. In einer Krisen- oder Katastrophensituation dürfte es kaum möglich sein, diese Barrieren aufzuheben. Um zu vermeiden, dass sozial Randständige wie Obdachlose oder

Drogenabhängige in Not geraten, sind daher gezielte Maßnahmen durch staatliche Stellen oder Hilfeorganisationen erforderlich. Hier zeigen sich Grenzen für den Selbsthilfeansatz, die bei der Entwicklung eines bürgernahen KKM beachtet werden müssen.

7 Katastrophenschutz-Leuchttürme

Die Ergebnisse der oben skizzierten Teilstudien führen zu folgenden Schlüssen:

- Bei einem größeren Stromausfall oder einem vergleichbaren Ereignis werden Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen schnell überfordert sein. Der von ihnen derzeit verfolgte *top down* Ansatz ist ressourcenzehrend und die vorhandenen materiellen und personellen Reserven werden nicht ausreichen, um die Bevölkerung zu versorgen. Eine absehbare Folge sind Versorgungslücken, die als Ungerechtigkeit interpretiert werden und zu sozialen Spannungen führen können. Dessen ungeachtet wird es zu Formen der Selbsthilfe kommen, schon, weil die Betroffenen den dringenden Wunsch haben, durch aktives Handeln die Kontrolle über ihre Situation zurückzugewinnen.
- Die Bürgerinnen und Bürger setzen in Krisen- und Katastrophensituationen weniger auf staatliche Stellen und Organisationen wie Rotes Kreuz oder THW, als auf die Hilfebereitschaft von Personen aus ihrem sozialen und räumlichen Umfeld. Sie sind aber auch in hohem Maße bereit, genau diesen Personen zu helfen. Dieses Prinzip der Wechselseitigkeit wird durch Regeln „abgesichert“, die weithin akzeptiert, in den bestehenden sozialen Netzwerken kontinuierlich erprobt und so gewissermaßen eingeübt werden. Insofern ist davon auszugehen, dass dieses Prinzip auch in extremen Situationen wie einem langanhaltenden Stromausfall tragfähig sein wird.

Im Ergebnis ist ein bürgernahes KKM sowohl erforderlich als auch möglich. Es muss örtlich, an den vorhandenen nachbarschaftlichen Strukturen ansetzen und berücksichtigen, dass gegenseitige Hilfe nicht angeordnet, sondern durch eine geeignete Organisation ermöglicht und gefördert werden muss. Information, Kommunikation und Interaktion sind hierbei entscheidende Größen. Aus der besonderen Vulnerabilität bestimmter Bevölkerungsgruppen erwachsen spezifische Hilfebedarfe, die erkannt werden müssen und nicht immer mit örtlichen nachbarschaftlichen Ressourcen befriedigt werden können. Es muss daher möglich sein, externe Hilfe im erforderlichen Umfang heranzuführen. Wenn es gelingt, Hilfebedarfe und -angebote zeitnah zusammenzuführen, kann jedoch dem Großteil der Bedarfe mit den vor Ort vorhandenen Mitteln entsprochen werden.

Diesen Anforderungen kann ein gestuftes KKM am besten entsprechen. Unterhalb der Zentralen Einsatzleitung und den

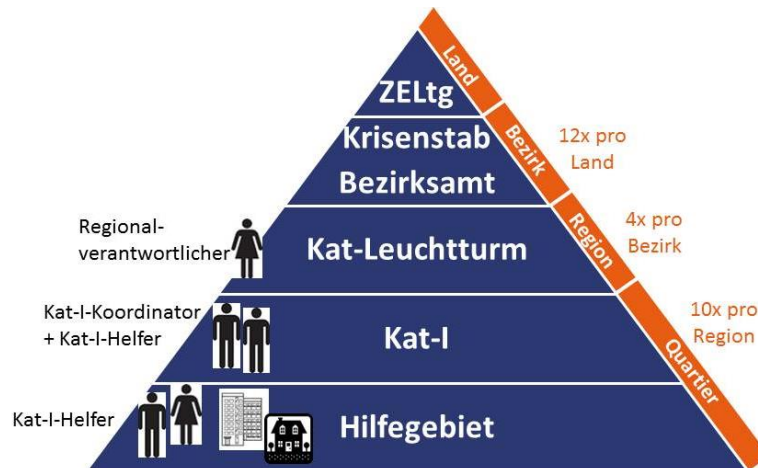
von Stoephasius / Dittes /
Schweer 2015:
Rechtliches Handbuch für
das Katastrophenschutz-
Leuchtturm-System.

→ [Link zum Download](#)



örtlichen Krisenstäben werden mit dem Ausrufen der Katastrophe Kat-Leuchttürme eingerichtet. Hier erfolgt die Verzahnung von staatlich-administrativer Ebene und lokaler Ebene, die wesentlich durch Selbsthilfe in nachbarschaftlichen Strukturen getragen wird.

Das Kat-Leuchttürme-System



Kat-Leuchttürme sind notstromversorgte Anlaufstellen für die Bevölkerung. Sie dienen als Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und den staatlichen Einsatzkräften. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Information der Bevölkerung. Modularartig können weitere Leistungen angegliedert werden, etwa eine medizinische Erste-Hilfe oder die Möglichkeit zur Kommunikation anderen Leuchttürmen. Die Bezirksämter sind die für den Betrieb der Kat-Leuchttürme zuständigen Behörden.

Rechtliche Prüfung des Kat-Leuchttürme-Systems

Den Bürgerinnen und Bürgern steht es grundsätzlich frei, sich im Rahmen nachbarschaftlicher sozialer Netzwerke gegenseitig zu unterstützen. Hierbei können sich jedoch durchaus Haftungsprobleme ergeben und dies um so mehr, als es in Krisen- und Katastrophensituationen zur Übernahme von Hilfeleistungen kommen kann oder sogar muss, die unter normalen Umständen Spezialisten überlassen werden. Hinzu kommt, dass es in dem Leuchtturm-Konzept zu Überschneidungen zwischen staatlicher und privater Ebene kommt und solche Unschärfen regelmäßig mit erheblichen rechtlichen Problemen verbunden sind.

Gemeinsam mit der Humboldt-Universität zu Berlin hat die HWR Berlin die rechtlichen Implikationen des Kat-Leuchttürme-Systems geprüft. Die Ergebnisse sind in folgendem Bericht veröffentlicht:

- **Stoephasius, Hans-Peter von; Dittes, Eva; Schweer, Benedikt. 2015. Rechtliches Handbuch für das Katastrophenschutz-Leuchtturm-System. Bericht zum Forschungsprojekt „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstellen für die Bevölkerung in Krisensituationen“ (Kat-Leuchttürme). Beiträge aus dem Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement Nr. 14/2015**

In dem Bericht werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme und den Betrieb der Leuchttürme dargestellt und auch mögliche eingriffsrechtliche Implikationen erörtert.

Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte

In jedem der 12 Berliner Bezirke sollen vier Kat-Leuchttürme eingerichtet werden. Sie sind die zentralen Schnittstellen zwischen staatlich-administrativer und lokaler Ebene, zwischen professionellen Einsatzkräften und sog. Spontanhelfern. Nicht leisten können sie allerdings die Organisation der nachbarschaftlichen Selbsthilfe. Dies ergibt sich bereits aus der großen Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die im Einzugsbereich eines Kat-Leuchtturms leben. Diese liegt im Durchschnitt bei 75.000. Ein bürgernahes aktivierendes KKM erfordert somit die Erweiterung des Systems um eine quartiersbezogene Ebene.

Die von der HWR Berlin konzipierten Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte (*Kat-I*) sind diese Erweiterung. *Kat-I* sind Anlaufpunkte, die von der Bevölkerung selbst organisiert und betrieben werden. In jedem Planungsraum soll ein *Kat-I* eingerichtet werden. Bei diesen Planungsräumen handelt es sich um die unterste planerische Ebene der Berliner Stadtentwicklung. Sie orientieren sich an den bestehenden lebensweltlichen Räumen und folgen im Wesentlichen den informellen Nachbarschafts- und Quartiersgrenzen. In den 447 Planungsräumen oder Quartiere leben jeweils etwa 7.500 Menschen. Auch diese Zahl ist hoch, jedoch erscheint es realistisch, für diese eine gemeinsame Anlaufstelle, den *Kat-I*, einzurichten und von dort die gegenseitige Hilfe zu organisieren.

Den *Kat-I* kommen bei einem anhaltenden Stromausfall zwei zentrale Aufgaben zu: die Information der Bevölkerung und die Koordination der Hilfebedarfe und -angebote. Im Vorfeld wird weder festgelegt, wo die *Kat-I* eingerichtet werden, noch wer sie einrichtet und die Verbindung zu dem *Kat-L* aufrechterhält. Sie werden folglich auch nicht beübt. All dieses wäre mit einem erheblichen Aufwand verbunden, und es könnte für den Ernstfall kaum sichergestellt werden, dass ein vorgesehener Ort zur Verfügung steht. Auch wäre unklar, ob bei

Ohder / Sticher et al. 2015:
Kat-I Handbuch - Konzept, Zuständigkeiten, Kommunikationstools. Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte als Element des bürgernahen Katastrophenschutzes.

→ [Link zum Download](#)



Eintreten des Katastrophenfalls die geschulten Bürger noch im Quartier wohnen und sofern dies der Fall ist, in der Lage sind, die Koordination der Nachbarschaftshilfe zu übernehmen.

Um die Einrichtung und die Funktionsfähigkeit der *Kat-I* sicherzustellen, bedarf es folglich eines Ablaufplans, in dem die Aufgaben der Beteiligten präzise festgelegt sind. Dieses wird in folgendem Online verfügbaren Handbuch geleistet:

- *Ohder, Claudius; Sticher; Birgitta et al. 2015: Kat-I Handbuch - Konzept, Zuständigkeiten, Kommunikationstools. Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte als Element des bürgernahen Katastrophenschutzes.*

Das Handbuch wurde in einem zweistufigen Verfahren getestet, um sicherzustellen, dass es im Katastrophenfall selbsterklärend ist und zeitraubende Rückfragen und Rückversicherungen entfallen.

In dem Handbuch werden das *Kat-I* Konzept und die zu erledigenden Aufgaben erklärt. Für die Personen, die bestimmte Funktionen übernehmen werden (Regionalverantwortlicher, *Kat-I* Koordinator und *Kat-I* Helfer) enthält das Handbuch spezifische Hinweisblätter und Arbeitshilfen. Ihre Aufgaben und die damit zusammenhängenden Arbeitsschritte sind detailliert erläutert. Eingeflossen sind auch wichtige Informationen aus der rechtswissenschaftlichen Forschung. Dieses betrifft insbesondere einen möglichen Haftungs- und Versicherungsschutz der freiwilligen Helfer.

8 Verzeichnis der im Rahmen des Projekts Kat-Leuchttürme an der HWR Berlin entstandenen wissenschaftlichen Publikationen ¹

Archut, Daniel et al. 2013. Welche Möglichkeiten bietet der Einsatz von sozialen Medien im Krisen- und Katastrophenmanagement für die Behörden und die Bevölkerung? Eine Untersuchung im Rahmen des Vertiefungsgebietes "Bürgernahes Krisenmanagement bei anhaltendem Stromausfall in einer Großstadt". [Online] [abgerufen am: 09. November 2015.] https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/409/Projektbericht_Vertiefungsgebiet_Endfassung.pdf

Boehme, Karl; Geißler, Sarah; Schweer, Benedikt. 2012. Szenario eines großflächigen und langanhaltenden Stromausfalls in Berlin. Erstellt im Rahmen des Vertiefungsgebietes, Projektmanagement II, Studiengang Sicherheitsmanagement, WS 2009/2010. [Online] [abgerufen am: 08. Oktober 2015.] http://www.tanknotstrom.de/assets/content/images/pdfs/Szenario%20Berlin_2012.11.21.pdf

Geißler, Sarah. 2013. Erkenntnisse und Empfehlungen basierend auf dem Workshop vom 18.10.2013 in Magdeburg. [Online] [abgerufen am: 24. Oktober 2015.] <https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/557/Erkenntnisse+und+Empfehlungen+Magdeburg+Workshop.pdf>

Geißler, Sarah. 2014. Motivationen „spontaner“ Hilfeleistungen im Krisen- und Katastrophenfall am Beispiel der Flutereignisse in Magdeburg 2013. [Online] [abgerufen am: 09. November 2015.] <http://kat-leuchtturm.de/assets/content/images/Masterarbeit%20S%20Gei%C3%9Fler%202014%2001%2030kl.pdf>

Geißler, Sarah. 2015. Vulnerable Menschen in der Katastrophe - Hilfebedarfe von vulnerablen Bevölkerungsgruppen und Möglichkeiten der Unterstützung bei anhaltendem Stromausfall in Berlin. [Online] [abgerufen am: 26. Oktober 2015.] <http://www.kat-leuchtturm.de/assets/content/images/Vulnerable%20Personen%20im%20Stromausfall%202015%2008%2003.pdf>

Geißler, Sarah; Sticher, Birgitta. 2014. Hilfeverhalten in Katastrophen und die Folgen für das Katastrophenmanagement - am Beispiel des Hochwassers 2013 in Magdeburg. In: Polizei & Wissenschaft. 4/2014, S. 53-70.

¹ Stand 31.12.2015

Hochschule für Wirtschaft und Recht. 2014. Aktivierung der Bevölkerung und Bürgerschaftliches Engagement im Katastrophenfall Potenziale und Probleme der Bewältigung von Krisen am Beispiel des Magdeburger Hochwassers vom Juni 2013. [Online] [abgerufen am: 30. Dezember 2015.]

<http://www.kat-leuchtturm.de/assets/content/images/pdfs/Ta-gungsmappe%20Magdeburg.pdf>

Ohder, Claudius; Sticher, Birgitta. 2012. Katastrophenschutz-Leuchttürme für Berlin. In: Semester Journal 2/12, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, S. 30-31.

<http://www.kat-leuchtturm.de/assets/content/images/pdfs/Artikel%20KatLeuchtt%C3%BCrme%20im%20Semester%20Journal.pdf>

Ohder, Claudius; Sticher, Birgitta. 2013. Ansätze für ein bevölkerungsnahes und aktivierendes Krisen- und Katastrophenmanagement. In: Christoph Unger, Thomas Mitschke und Dirk Freudenberg. Krisenmanagement - Notfallplanung - Bevölkerungsschutz. Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz dargebracht von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Bonn: Duncker & Humblot.

Ohder, Claudius; Sticher, Birgitta. 2013. Approaches towards a community-oriented and enabling disaster management model. [Online] [abgerufen am: 29. Dezember 2015.]

<https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/419/Approaches+towards+a+community-oriented+and+enabling+disaster+management+model+%282013%29.pdf>

Ohder, Claudius; Sticher, Birgitta et al. 2014. Leben ohne Strom: Energiesperrungen als Thema in der Sozialen Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege. 6/2014, S. 225-229.

Ohder, Claudius; Röpcke, Julian et al. 2014. Hilfebedarf und Hilfebereitschaft bei Stromausfall. Ergebnisse einer Bürgerbefragung in drei Berliner Bezirken. [Online] [abgerufen am: 09. November 2015.]

<https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/411/Bericht+B%C3%BCrgerbefragung+2014.01.16.pdf>

Ohder, Claudius; Röpcke, Julian et al. 2014. Relief Needs and Willingness to Help in the Event of Longterm Power Blackout. Results of a citizen survey in three Berlin districts. [Online] [abgerufen am: 09. November 2015.]

<https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/417/Results+of+a+citizen+survey+%282014%29.pdf>

Ohder, Claudius; Röpcke, Julian 2014: Hilfebedarf, Hilfeeerwartung und Hilfebereitschaft bei einem Stromausfall. Die Ergebnisse einer Bürgerbefragung in Berlin. In: Crisis Prevention 2/2014, S. 33-35

<http://crisis-prevention.de/bos-katastrophenschutz/nichtpolizeiliche-gefahrenabwehr/hilfebedarf-hilfeerwartung-und-%C2%ADhilfebereitschaft-bei-einem-stromausfall>

Ohder, Claudius; Sticher, Birgitta et al. 2015. Kat-I Handbuch - Konzept, Zuständigkeiten, Kommunikationstools. Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte als Element des bürgernahen Katastrophenschutzes. [Online] [abgerufen am: 12.02.2016.]

<https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/550/Kat-I+Handbuch%2C+2016.01.07.pdf>

Röpcke, Julian; Schweer, Benedikt 2013: Bürgernahes Krisen- und Katastrophenmanagement bei Stromausfall. In: Crisis Prevention 4/2013, S. 7-9.

Schweer, Benedikt; Ohder, Claudius et al. 2014. Katastrophenschutz im Umbruch. Ansätze der Bürgeraktivierung und -einbeziehung im internationalen Vergleich. [Online] [abgerufen am: 30. Dezember 2015.]

<https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/414/Katastrophenschutz+im+Umbruch+22+10+2014.pdf>

Schweer, Benedikt; Ohder, Claudius 2015. Bürgerbeteiligung in Katastrophen. In: Brandschutz 10/2015, S. 839 - 843

Sticher, Birgitta; Ohder, Claudius; Boehme, Karl. 2012. Planung und Auswertung der Befragung von Einsatzkräften der Polizei und Feuerwehr. Kurzbericht. [Online] [abgerufen am: 09. November 2015.]

https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/406/Kurzfassung+Befragung+Polizei+Feuerwehr_2012.04.23.pdf

Sticher, Birgitta et al. 2013. Anhaltender Stromausfall in Berlin. Stand und Entwicklungsperspektiven des Krisen- und Katastrophenmanagements. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwirtschaft.

Sticher, Birgitta. 2013. Lehrstück für Krisenkommunikation. Wirbelsturm Sandy. In: Sicherheitshalber - Zeitschrift für Sicherheit in Industrie, Handel und Verkauf. 4/2013, S. 2-7

Sticher, Birgitta; Ohder, Claudius 2013. Einbeziehung der Bevölkerung in das Katastrophenmanagement. In: SIAK-Journal-Vierteljahresschrift 2/2013, S. 81 – 93

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_SIAK/4/2/1/2013/ausgabe_2/files/Sticher_2_2013.pdf

Sticher, Birgitta (Hrsg.). 2014. Die Einbindung der Bevölkerung in das Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland (der BRD) nach dem Zweiten Weltkrieg. Exemplarisch verdeutlicht an fünf Katastrophenereignissen. [Online] [abgerufen am: 09. November 2015.]

<https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/412/Einbindung+der+Bev%C3%B6lkerung+in+das+Krisen-+und+Katastrophenmanagement++08+05+2014.pdf>

Sticher, Birgitta; Will, Anna. 2014. Involvement of the Population in Crisis and Disaster Management in Germany (FRG) after World War II. Shown on the example of five disaster events. Excerpt. [Online] [abgerufen am: 30. Dezember 2015.] <https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/418/Involvement+of+the+Population+in+Crisis+and+Disaster+Management+-+excerpt++%282014%29.pdf>

Sticher, Birgitta; Ohder, Claudius. 2015. Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft von Großstadtbewohnern im Katastrophenfall "anhaltender Stromausfall". Ergebnisse einer qualitativen Bürgerbefragung in drei Berliner Quartieren. [Online] [abgerufen am: 12.02.2016] <https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/551/Qualitative+Buergerbefragung+2015.12.29+%282%29.pdf>

Stoephasius, Hans-Peter von; Schweer, Benedikt. 2011. Rechtliche Beurteilung möglicher Eingriffsmaßnahmen der Katastrophenschutzkräfte bei einem anhaltenden Stromausfall in Berlin. [Online] [abgerufen am: 09. November 2015.] https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/404/fb5_2011-02-18_tit_eingriffsmassnahmen_07-1.pdf

Stoephasius, Hans-Peter von; Dittes, Eva; Schweer, Benedikt. 2015. Rechtliches Handbuch für das Katastrophenschutz-Leuchtturm-System. Bericht zum Forschungsprojekt „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstellen für die Bevölkerung in Krisensituationen“ (Kat-Leuchttürme). Beiträge aus dem Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement Nr. 14/2015 [Online] [abgerufen am: 08. November 2015.] <https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/487/Rechtliches+Handbuch+Kat-Leuchtt%C3%BCrme.pdf>